



Karl Heinrich Pohl möchte in seinem Artikel die Verankerung demokratischer Traditionen in Schleswig-Holstein untersuchen, insbesondere vor dem Hintergrund der überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse der NSDAP in den letzten freien Wahlen der Weimarer Republik. Am Beispiel der Volksabstimmungen 1920 soll geschildert werden, wie es um die politische Kultur in Schleswig-Holstein nach der Revolution 1918 bestellt war. Die Fragestellung lautete, inwieweit im Abstimmungsgebiet „eine gewaltlose, im wesentlichen auf rationalen Argumenten und nicht nur auf aufgeputschten Emotionen beruhende, auf einer demokratisch legitimierten Abstimmung basierende Konfliktlösung“ möglich war.<sup>1</sup> Pohl konzentriert sich in seiner Untersuchung auf zwei Plakate, welche im Abstimmungskampf in der Zweiten Zone verwendet wurden, d.h. im wesentlichen im Abstimmungskampf um die Stadt Flensburg. Pohls Ergebnis ist eindeutig: die deutsche Seite warb nur emotional, eine demokratische politische Kultur mit rationaler Argumentation war nicht vorhanden; während die dänische Seite eine hohe politische Kultur entwickelt hatte, keine Ader für emotionalen Überschwang hatte und nur mit rationalen Argumenten für die Entscheidung für Dänemark warb und darüber hinaus die deutsche politische Kultur für ebenso hoch entwickelt einschätzte.

Pohls Ergebnis, was die sich im Abstimmungskampf widerspiegelnde demokratische Kultur der deutschen Seite angeht, möchte ich nicht generell bezweifeln. Ich halte es aber für fraglich, ob die schmale Quellenbasis und die Methodik des vorliegenden Artikels dieses Ergebnis stützen kann. Auch muß überlegt werden, ob nationale Volksabstimmungen überhaupt „im wesentlichen auf rationalen Argumenten und nicht nur aufgeputschten Emotionen“ beruhen können, kurz, ob sie geeignet sind, demokratische politische Kultur einer Gesellschaft zu messen.

Die liberale Tradition Schleswig-Holsteins war keine gute Ausgangsbasis für eine auf rationalen Argumenten beruhende Abstimmung. Schließlich war es ja der schleswig-holsteinische Liberalismus, der 1848 zum Konflikt im dänischen Gesamtstaat führte und in letzter Konsequenz auch zur Annexion der Herzogtümer durch Preußen und Österreich nach dem Krieg von 1864. Die nach 1867 und vor allem 1890 von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, welche jedoch in Nordschleswig so gut wie keinen politischen Einfluß hatten, getragene Assimilierungspolitik gegenüber der dänischen Mehrheit in Nordschleswig war verbunden mit fast völligem Unverständnis für das Bedürfnis der Dänen Nordschleswigs zur Wahrung ihrer Sprache und Kultur. Diese Arroganz der deutschen Mehrheitsbevölkerung und natürlich der preußischen Behörden gegenüber der dänischen Sprache und Kultur, welche auch noch heute im Grenzland trotz aller Sonntagsreden über das vorbildliche deutsch-dänische Verhältnis zu spüren ist, ließ eine von demokratischer Kultur geprägte Abstimmung mit wirklich vorhandenen Alternativen von vornherein nicht erwarten.

Doch auch die Bedingungen von „außen“ waren ungünstig. Handelt es sich wirklich um eine Volksabstimmung nach dem Selbstbestim-

## Martin Klatt: Nationale Volks- abstimmung und demokratische politische Kultur – ein Widerspruch?

Kritische Anmerkung zum  
Artikel von Karl Heinrich Pohl:  
„Demokratisches Schleswig-  
Holstein? Zur politischen  
Kultur bei den Volks-  
abstimmungen 1920“,  
Demokratische Geschichte X

Der in Karl Heinrich Pohls Artikel (Demokratische Geschichte X) vermittelte Eindruck, daß sich die deutsche Propaganda im Abstimmungskampf 1920 ausschließlich irrationaler, an die Emotionen appellierender Wahlplakate bediente, während die dänische Seite nüchterne, auf rationalen Argumenten basierende Wahlplakate verwendete, ist so nicht haltbar, wie die Auswahl von drei dänischen und einem deutschen Plakat auf den folgenden Seiten zeigt.

<sup>1</sup> Pohl, Demokratisches Schleswig-Holstein? In: Demokratische Geschichte X, S. 105.

mungsrecht der Völker? Die in den Artikeln 109-114 festgelegten Abstimmungsbedingungen entsprachen im wesentlichen dem Programm des (dänischgesinnten) nordschleswigschen Wählervereins, festgelegt in der Apenrader Resolution vom 17. November 1918.<sup>2</sup> Daran trugen die im Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig zusammengesetzten deutschen Kräfte wegen ihrer Verweigerungshaltung und dem Beharren auf dem op ewig ungedeelt Standpunkt natürlich eine Mitschuld. Der Kern der Apenrader Resolution war das Prinzip der en-bloc Abstimmung in der ersten Abstimmungszone, dem Gebiet nördlich der heutigen Grenze bis zur Königsaugrenze, welche das Ergebnis praktisch vorweg nahm. Die Südgrenze dieses Gebiets ist die sog. Clausen-Linie, sie begrenzt das maximale Gebiet, das man nach Ansicht des Historikers und Sprachforschers H.V. Clausen für Dänemark zurückgewinnen konnte. Clausen war um die Jahrhundertwende nach umfangreichen Sprachstudien zu der Erkenntnis gekommen, daß Eiderstedt, große Teile Südschleswigs wie Angeln und auch die Stadt Flensburg im nationalkulturellen Sinne für Dänemark verloren waren.<sup>3</sup> Die von ihm gezogene Linie wurde aber auch nach praktischen Gesichtspunkten gezogen, sie ließ schließlich die kulturell mehrheitlich deutsche Stadt Tondern in der Zone 1. Durch das Prinzip der en-bloc Abstimmung stand eine dänische Mehrheit in der gesamten 1. Zone von vornherein fest; sie fiel ja dann auch entsprechend deutlich aus (74,2% für Dänemark trotz deutscher Mehrheiten in Tondern, Hojer, Apenrade, Tingleff und Sonderburg). Nur in der südlich davon gelegenen 2. Zone wurde gemeindeweise abgestimmt, also nur hier konnte das Volk wirklich selbst über die Staatszugehörigkeit seines Wohnortes entscheiden. Hier gab es überall überzeugende deutsche Mehrheiten, wenn man von drei Föhler Dörfern absieht. Die Abstimmung (und die Geschichte) hat also letztendlich nur die Studien des „Experten“ H.V. Clausen bestätigt. Die von Pohl geforderte Fairneß, also das nicht bewußte Herausgreifen eines „passenden Beispiels“ zum Beweis der dezidierten These<sup>4</sup>, ist also mit den Ausgangsbedingungen des gewählten Untersuchungsgegenstandes nicht unbedingt gegeben.

Doch nun zur Beweisführung. Das von Pohl ausgewählte deutsche Plakat (und viele andere auch) stützt natürlich die These, daß eine demokratische politische Kultur noch nicht Fuß gefaßt, sondern die politische Kultur des Kaiserreiches überlebt hatte. Hierfür finden sich auch zahlreiche andere Hinweise in Quellen und Berichten, so daß dies keine unbedingt neue Erkenntnis ist.<sup>5</sup> Dennoch muß man auch bei der „deutschen“ Seite und ihrer Propaganda differenzieren, es war nicht alles so „schwarz-weiß“, wie Pohls Schlußfolgerungen vermuten lassen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg haben die Sozialdemokraten auch in Flensburg das Recht der Dänen Nordschleswigs auf nationale Selbstbestimmung anerkannt.<sup>6</sup> Diese Linie wurde zumindest in den ersten Monaten nach Kriegsende konsequent beibehalten. Der Ortsverein Apenrade diskutierte die Abtretungsfrage am 7.12.1918 in einer lt. Protokoll „*sachlichen, einwandfrei geführten Debatte*“: Es gab zahlreiche Wortmeldungen, deren durchgehender Ton gegen einen Anschluß an Dänemark war: Dänemark sei ein Agrarland, es könne die nordschleswigschen Handwerker und Industriearbeiter nicht beschäftigen, es sei für einen Arbeiter

**2** Vgl. u.a. Franz von Jessen, *Håndbog i det nordslesvigske spørgsmåls historie*, Kopenhagen 1938, Bd. 2, S. 42f. und H.P. Hanssen, *Fra Krigstiden. Dagbogsoptegnelser*, Kopenhagen 1924, Bd. 2, S. 410.

**3** Vgl. Troels Fink, *Da Sønderjylland blev delt*, Bd.1, S. 22ff.

**4** Pohl, S. 107f.

**5** Z.B. Störungen und gewaltsame Übergriffe bei dänischen Veranstaltungen, Vandalismus gegen Räumlichkeiten des Mellemlesvigsk Udvalg, vgl. Holger Hjelholt, Johan Hvidtfeldt, Knud Kretzschmer, *Flensborg bys historie*, Kopenhagen 1955, Bd. 2, S. 341. Vgl. auch Hans Nielsen, *Streifzüge durch mein Leben*, Flensburg 1994, S. 37f.; auch die Berichterstattung der Flensburger Zeitungen zeigt das Klima deutlich.

**6** Resolution des Provinzialparteitags von 1902, in *Arbejderbevægelsens arkiv og bibliotek Kopenhagen (ABA)*, ABA 500 (SD) Kasse 118. Zur Einschätzung vgl. Gerd Callesen, *Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912-1924*, Apenrade 1970, S. 33f., aber auch H.U. Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat*, Göttingen 1971, S. 86ff., sowie Martin Klatt, *Die Sozialdemokraten in Nordschleswig und die nationale Frage 1918-1922*, Kiel 1995 (M.A.-Arbeit), S. 10ff.

ein Rückschritt, in einem monarchisch regierten Land zu leben, wo Deutschland jetzt Republik geworden sei. In einer geheimen „Probeabstimmung“ stimmten 47 für Deutschland und 5 für Dänemark.<sup>7</sup> Diese Argumentation wurde prinzipiell von den Sozialdemokraten im Abstimmungsgebiet beibehalten, auch wenn es nationale Ausfälle z.B. des Flensburger SPD-Abgeordneten in der Nationalversammlung, Peter Michelsen, gab. Noch am 12.3.1920 wurde in einem Aufruf zur Volksabstimmung in der Flensburger Volkszeitung auf die von der Arbeiterschaft erkämpften Rechte in der neuen deutschen Republik hingewiesen.<sup>8</sup> Das nach der Sitzung in Apenrade verbreitete Flugblatt, welches die Vorteile der Arbeiter, Handwerker und sonstigen „kleinen Leute“ im Falle eines Verbleibens bei Deutschland darstellte, erzeugte unter dänischgesinnten Sozialdemokraten tiefe Bestürzung.<sup>9</sup> Auch im weiteren Verlauf der „Übergangszeit“ von 1918-1920 zeigte sich, daß die dänischgesinnten Sozialdemokraten in Nordschleswig, aber auch in Flensburg, gegen die von den deutschgesinnten Sozialdemokraten vorgebrachten „rationalen“ Gründe für ein Verbleiben bei Deutschland opponierten. Sowohl die reichsdänischen als auch die dänischgesinnten Sozialdemokraten Nordschleswigs legten großen Wert darauf, daß es nicht zu einer von einigen deutschgesinnten Sozialdemokraten gewünschten Abstimmungsempfehlung kam, sondern jedem das Recht zustand, „für seine Kultur und den Zusammenhang mit der Staatsorganisation seines Stammes zu wirken und zu stimmen“;<sup>10</sup> Der dänische Parteivorsitzende Sigvald Olsen erklärte (in der Diskussion über die erst geplante 3. Abstimmungszone), daß die Sozialdemokraten so scharf wie möglich davon Abstand nähmen, diejenigen abstimmen zu lassen, die aus anderen als nationalen Gründen dänisch werden wollten.<sup>11</sup> Der spätere Staatsminister Stauning wollte die Bevölkerung Flensburgs willkommen heißen, falls Flensburg als dänische Stadt nach Dänemark zurückkehren sollte. Man wollte aber jeden Versuch bekämpfen, das Nationalitätenprinzip „durch Abstimmung unter fremden Bevölkerungen“ zu verfälschen.<sup>12</sup>

Hier kann man zur Auseinandersetzung mit den Motivationen der dänischen Abstimmungspropaganda überleiten. Diese kann man nicht als so gradlinig demokratisch darstellen, wie Pohl es tut. Grob gesagt, gab es zwei Richtungen: Erstens diejenigen, die nur gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die 1920 noch kulturell dänischen Gebiete zurückbekommen wollten, vertreten durch den langjährigen Apenrader Reichstagsabgeordneten H.P. Hanssen und den nordschleswigschen Wählerverein. Diese Linie vertrat auch die von der Radikalen Venstre gebildete und von den Sozialdemokraten unterstützte Regierung in Kopenhagen. Zweitens gab es die auf das historische Recht pochenden sog. Eiderdänen, welche eine Rückgabe des gesamten Herzogtums Schleswig wegen des Unrechts der Annexion von 1864 forderten, zumindest aber die Rückgabe des Gebietes bis zum mittelalterlichen Danewerk, dem dänischen historischen Mythos. Diese Bewegung hatte Rückhalt in den zwei anderen wichtigen Parteien, den Konservativen und der liberalen Venstre, sowie u.a. im national denkenden dänischen Großbürgertum. Ihre Motivation war national und hatte mit demokratischer politischer Kultur wenig zu tun, wie die Ereignisse der Osterkrise 1920 zeigen sollten. Also vereinfacht: ein von Sozialdemokraten und Radikaler

**7** Vgl. Sozialdemokratischer Verein Apenrade, Protokoll vom 7.12.1918, Landsarkivet for Sønderjylland 88/2.

**8** Vgl. Callesen, Die Schleswig-Frage..., S. 106.

**9** Flugblatt „An die Bevölkerung von Stadt und Land“, im ABA 500 (SD), Kasse 118; zum Streit über das Flugblatt vgl. Martin Klatt, a.a.O., S. 35f.

**10** So kam es in der die Debatte abschließenden Resolution der Sozialdemokraten der 1. und 2. Zone vom 26.10.1919 zum Ausdruck. Gedr. bei Gerd Callesen (Hrg.), Socialdemokrati og internationalismen, Kopenhagen 1973, S. 31.

**11** Dannevirke, 9.5.1919.

**12** Zitiert nach der Anlage zum Brief Stauning an Hillbrecht, 9.8.1919, ABA 500 (SD), Kasse 118.



Oben: Ein vielverwendetes Symbol vor allem in Nordschleswig. Wie in der legendären Schlacht von Lindaunise in Estland fällt der Danebrog vom Himmel und erlöst das darbenende dänische Volk von der deutschen Fremdherrschaft.

Rechte Seite: Dieses Plakat drückt die Hoffnung auf Befreiung aus der deutschen Dunkelheit aus. Die Engelsgestalt der Mor Danmark erlöst ihre Kinder vom teuflischen deutschen Adler.

Venstre unterstützter „Nationalismus nach innen“; also nur was dänisch ist, soll zu Dänemark kommen; und ein von Venstre und Konservativen getragener Nationalismus nach außen, der den Zustand von vor 1864 wiederherstellen möchte.

Der in Flensburg zur Koordination der dänischen Aktivitäten gebildete Mellemslesvigsk Udvalg lehnte sich an die eiderdänische Linie an, da man sich von der Regierung in Kopenhagen (wohl zu Recht) schon abgeschrieben fühlte, beschränkte sich dann aber auf die realistische „Flensburg hjem“ Parole. Die Aussichten eines dänischen Abstimmungserfolgs in Flensburg waren dabei gar nicht einmal so schlecht, auch wenn zwei konkurrierende Unterschriftensammlungen Ende 1918 und Anfang 1919 in nur 3.401 Unterschriften für eine Abtretung an Dänemark gegen 24.863 für einen Verbleib bei Deutschland resultierten.<sup>13</sup> Flensburg war aber bis 1864 königstreue gewesen, die schleswig-holsteinische Bewegung hatte 1848 nicht viel Anklang in der Stadt gefunden. Das königstreue Bürgertum arrangierte sich zwar nach 1864 schnell mit den neuen Verhältnissen, die zahlenmäßig starke, dänischgesinnte Arbeiterschaft ging jedoch erst in den späten 1880er Jahren zur Sozialdemokratie über. Beide Gruppen „zurückzuerobern“ war nicht unmöglich. Diese Ausgangslage erforderte aber per se schon eine andere Wahlkampfstrategie als die der deutschen Seite. Wie sollte man eine kulturell schon vor 1864 weitgehend germanisierte Bevölkerung für die dänische Seite begeistern? Nun kam die wirtschaftliche Argumentation zum Tragen: Die 1848 der revolutionären Bewegung schon aus wirtschaftlichen Gründen skeptisch gegenüberstehende Bürgerschaft mußte vor der Ab-

<sup>13</sup> Horst Windmann, Flensburg von 1864 bis zur Abstimmung 1920, in: Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, Flensburg 1966, S. 409.



**NU·KALDER·DANMARK  
PAA·SINE·BØRN  
FARVEL·FOR·EVIGT  
DU·TYSKE·ØRN**

DET · LYDER · SOM · ET · EVENTYR,  
ET · SAGN · FRA · GAMLE · DAGE!



EN · RØVET · DATTER · DYBT · BEGRÆDT,  
ER · KOMMET · FRELST · TILBAGE!  
HIL · DIG · VOR · MODERS · ØJESTEN,  
I · NYTIDS · MORGENRØDE!

trennung des Flensburger Hinterlandes Angst haben (siehe II. Finger des von Pohl ausgewählten Plakates). Die unmittelbar nach dem Krieg notleidende Arbeiterschaft konnte durch bessere Lebensbedingungen gewonnen werden (Finger III-V). Was sollte einem nach 1864 sozialisierten Flensburger auch ein über die Stadt herunterfallender Danebrog sagen, wie er in Nordschleswig viel verwendet wurde?

Es gab übrigens auch eine Reihe dänischer Plakate, welche mit nationalen Motiven arbeiteten, vor allem in der 1. Zone. Die Niederlage Dänemarks 1864 bedeutete ja gerade nicht die Abkehr vom Nationalismus. „Hvad udad tabes, skal indad vindes“ hieß eine Selbstbesinnung auf das dänische Volk, die Entwicklung der dänischen Folkelighed. Also im Gegensatz zu Deutschland ein nach innen gerichteter Nationalismus, wirklich zum Wohle der Nation im Sinne einer Besserung der Lebensbedingungen des dänischen Volkes durch Bildung und wirtschaftlichen Fortschritt. Dieser wurde jedoch genauso von Mythen getragen, er war auch nicht rational. Allerdings ging er einher mit einer Demokratisierung, wobei Pohls Jahreszahlen<sup>14</sup> falsch sind: Allgemeines Wahlrecht (für Männer) und Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament 1901, Frauenwahlrecht 1915. Dementsprechend drücken die nationalen dänischen Plakate auch etwas ganz anderes aus als die deutschen: sie sind offensiv, drücken die Sehnsucht des verlorenen Landes aus, das nun heimkehrt zu Mor Danmark. Und gerade das war es ja auch, was die dänischgesinnten Nordschleswiger nach über 50jähriger deutscher Zwangsherrschaft und viereinhalb widersinnigen Kriegsjahren ersehnten. Hiermit hätte man aber keinen deutschassimilierten Flensburger überzeugen können. Eine Fehlinterpretation der deutschen politischen Kultur von dänischer Seite, wie Pohl sie sieht, halte ich für ziemlich unwahrscheinlich.

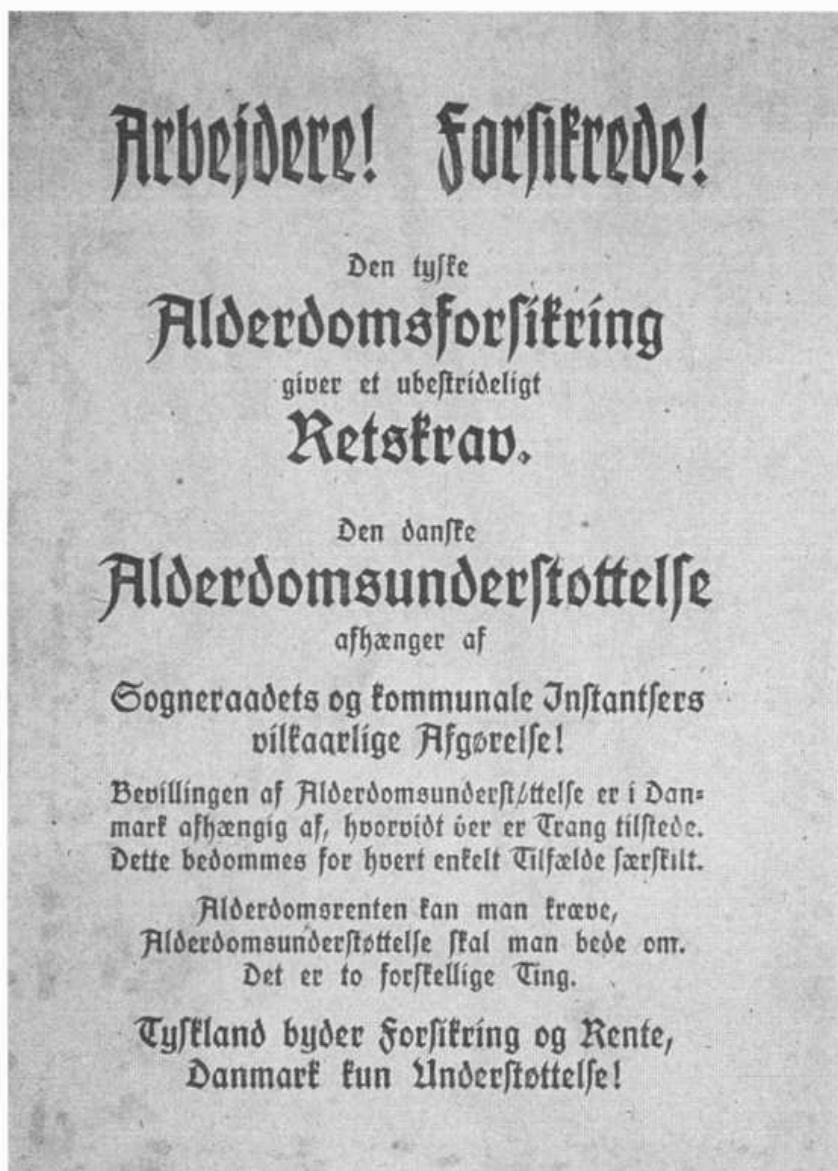
Daß die dänische politische Kultur 1920 auch nicht so hoch entwickelt war, daß sie frei von nationalen Emotionen handeln konnte, zeigen schließlich die Ereignisse nach der Abstimmung in der zweiten Zone. Die unterlegenen dänischgesinnten Flensburger unter der Führung des Chefredakteur von Flensborg Avis, Ernst Christiansen, versuchten sofort bei den Alliierten eine Internationalisierung Südschleswigs zu erreichen, um doch noch eine spätere Einverleibung nach Dänemark möglich zu machen. Und in Kopenhagen gelang es nationalen, eiderdänischen Kräften, den König dazu zu bringen, verfassungswidrig die gesetzliche Regierung Zahle abzusetzen, um den Weg für eine nationalere Regierung frei zu machen; ein Staatsstreich, der nur durch den sofort von den Sozialdemokraten ausgerufenen Generalstreik in legale Bahnen zurückgedrängt werden konnte. Vorbild für die schnelle Reaktion der dänischen Arbeiterbewegung war übrigens die kurz zuvor geschehene Niederwerfung des Kapp-Putsches durch die deutsche Arbeiterbewegung.

Also bleibt als Fazit: ein Ruhmesbeispiel hoch entwickelter politischer Kultur waren die Abstimmungen von 1920 sicher nicht. Mir ist auch kein Beispiel entsprechender Abstimmungen bekannt, wo dies so gewesen wäre. Sicherlich haben sie nicht die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur im Grenzland gefördert, das zeigt die spätere Entwicklung der deutschen Minderheit in Nordschleswig wie auch

Linke Seite: „Es klingt wie ein Märchen,  
wie eine Sage aus alter Zeit,  
eine geraubte Tochter, viel beweint  
ist errettet zurückgekehrt  
Heil Dir, unser Mutters Augapfel  
in der Morgenröte der neuen Zeit“

<sup>14</sup> Pohl, S. 111. Auch gab es die von Pohl erwähnte deutsche Minderheit nach 1864 nicht, sie kam erst durch die Grenzziehung 1920 zu Dänemark.

Rechts: Dieses an die Arbeiter gerichtete Plakat weist auf die Vorzüge des deutschen Sozialsystems hin, das dem Arbeiter wegen des Versicherungsprinzips im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter Leistungen garantiert, während das dänische System ein von der jeweiligen politischen Konstellation abhängiges, staatliches Fürsorgesystem ist.



die preußische Minderheitenpolitik gegenüber der dänischen Minderheit in Südschleswig. Andererseits haben die Sozialdemokraten 1923 die neue Grenze anerkannt und eine Zusammenarbeit über die Grenze hinweg aufgebaut, die vielen nach 1933 die Flucht aus Nazi-Deutschland ermöglichte. Auch haben sich die deutschgesinnten Sozialdemokraten im abgetretenen Gebiet fast ausschließlich vorbildlich in die dänische Sozialdemokratie und darüber auch in die dänische Gesellschaft integriert. So schwarz-weiß, wie Pohl es darstellt, war es also nicht.